

Fiala-Initiative: Stimmen Sie nein!

Im November stimmen wir über die von FDP-Nationalrätin Doris Fiala initiierte Initiative gegen das Verbandsbeschwerderecht ab. Wem die Natur am Herzen liegt, der legt ein Nein in die Urne. Und stellt damit sicher, dass Volksentscheide künftig nicht als Vorwand dienen, um geltendes Recht zu verletzen.



Hans-Peter Fricker, CEO WWF Schweiz und FDP-Mitglied

Im Nachhinein ist man meist klüger. So heisst es zumindest. Denn wer den Werdegang der Fiala-Initiative anschaut, hat den Eindruck, dass die Verantwortlichen es verpasst haben, aus der Geschichte zu lernen. Begonnen hat alles im Jahr 2004, als der VCS gegen das neu geplante Hardturm-Stadion Einsprache machte. Das brachte die Bevölkerung in Rage, denn das hiess: Keine EM-Spiele im Hardturm. Noch immer wird in diesem Stadion kein Fussball gespielt, aber nicht wegen des VCS, sondern weil Anwohner das Vorhaben noch heute mit juristischen Mitteln bekämpfen.

Damit sind wir bei einem zentralen Punkt. In 99 Prozent aller Fälle sind es Private, welche mit ihren Einsprachen Bauvorhaben verzögern, und nur in weniger als einem Prozent sind es die Umweltverbände. Letztere vertreten keine Eigeninteressen und intervenieren nur, wenn sie der Meinung sind, geltendes Umweltrecht werde verletzt. Und das ist, so sagen die Gerichte, in zwei Drittel dieser Verfahren tatsächlich der Fall. Bei den Privaten sieht die Bilanz massiv schlechter aus: Sie gewinnen nur knapp 19 Prozent der Verfahren.

Das wissen auch die Initianten. Sie stiarten ihr Vorhaben trotzdem durch, obwohl selbst FDP-Präsident Fulvio Pelli in der „NZZ am Sonntag“ schwere Bedenken anmeldete: „Ich hätte diese Initiative nicht lanciert“, verkündete er noch im Mai dieses Jahres. Wohl auch deshalb nicht, weil sie in gravierender Weise rechtsstaatliche Prinzipien verletzt. So sagt etwa der Staatsrechtsprofessor Alain Griffel: „Die in der Initiative zum Ausdruck kommende Verabsolutierung des demokratischen Gedankens zulasten der Rechtsstaatlichkeit ist bedenklich“.

Tatsächlich krankt die Initiative am gleichen Übel wie die Bürgerrechtsinitiative der SVP. Sie blendet aus, dass unsere Gesetze nicht einfach durch Mehrheitsbeschlüsse in

lokalen Volksabstimmungen ausgehebelt werden dürfen, und suggeriert, der Rechtsstaat sei eine Gefahr für die Demokratie. Das sind Töne, wie sie normalerweise von einer anderen Partei kommen.

Initiative schafft Beschwerderecht faktisch ab

In der Parlamentsdebatte wurde auch deutlich, dass die Schweiz dem Verbandsbeschwerderecht viel zu verdanken hat: Ob Greina-Hochebene oder die Rheinauen zwischen Rothenbrunnen und Rhäzüns, ob das Walliser Naturerbe Valle de Rechy oder die einzigartige Tessiner Bolle die Magadino: Diese wundervollen Gebiete wären heute unter Wasser, von Strassen oder Bergbahnen zerschnitten oder dienen dem Kiesabbau. Dass das Aletschgebiet zu einem Unesco-Weltnaturerbe werden konnte – mit neuen Chancen für den Tourismus – ist dem Verbandsbeschwerderecht zu verdanken.

Trotzdem wurde das Beschwerderecht in den letzten Jahren stark eingeschränkt. Für die Umweltverbände ist der Spielraum dadurch bereits massiv kleiner geworden. Wird die Fiala-Initiative angenommen, ist das Verbandsbeschwerderecht faktisch tot. Das hiesse, die Natur hat künftig keinen Anwalt mehr. Der emeritierte Staatsrechtsprofessor Georg Müller, auch er FDP-Mitglied, sagt es deutlich: „Die unpräzise Formulierung der Initiative hat zur Folge, dass das Verbandsbeschwerderecht weitgehend abgeschafft werden kann. Wenn man das will, so soll man ehrlich sein und es auch so fordern.“

Keine Nachteile für die Wirtschaft

Das kann nicht die Haltung einer Partei sein, die in ihrem Positionspapier zum Umweltschutz schreibt: „Verantwortliche Politik kann nur bestehen, wo menschliches Verhalten zu keinen bleibenden Nachteilen und Lasten für Mitwelt und Nachwelt führt.“ Zumal das Verbandsbeschwerderecht auch keinerlei Nachteil fürs Wirtschaftswachstum hat, wie eine Studie des Staatssekretariates für Wirtschaft (Seco) aus dem Jahr 2007 zeigt.

Das spiegelt sich auch in der Haltung von *espace.mobilité*, einer Interessengemeinschaft führender Schweizer Unternehmen des Verkaufs und der Immobilienwirtschaft (unter anderem Coop, Ikea, Maus Frères, Migros, Pfister und der Verband der Immobilien-Investoren): «Mit der Initiative lassen sich die wirklichen Probleme nicht lösen», heisst es dort. Es scheint, dass die Wirtschaft besser begriffen hat als die Initianten, dass das Verbandsbeschwerderecht nicht verhindern, sondern *ermöglichen* will – nämlich ein umwelt- und gesetzeskonformes Bauen.

Vieles deutet darauf hin, dass ein Grossteil der Bevölkerung das ebenso sieht. Und deshalb der Initiative eine Abfuhr erteilen wird. Damit stehen die Chancen gut, dass die Promotoren doch noch etwas lernen, leider zum Schaden unserer Partei, der FDP. Viele sind eben erst im Nachhinein klüger.